

Frank Laubenburg,

stellvertretender Vorsitzender der LINKSFRAKTION Düsseldorf

Rede zu den Haushaltsberatungen 2009 des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 11.12.2008

„Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“*

**Bertolt Brecht, Dreigroschenoper,
(Textstelle ursprünglich von Elisabeth Hauptmann in „Happy End“, 1929)*

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

**Linksfraktion
Düsseldorf**

Luegallee 65, 40545 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 89951123, info@linksfraktion-duesseldorf.de

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

meine Vorrednerin, Frau Dr. Strack-Zimmermann von der FDP, hat ja ihre Rede mit einer regelrechten Drohung beendet. Sie werde in Düsseldorf bleiben und hier weiter Politik machen. Das ist wirklich eine Drohung, die sich nicht gehört.

500 Leiharbeiter bei Rheinmetall haben bereits ihren Job verloren, 530 befristet Beschäftigte des Sprinter-Werks von Daimler ebenfalls. Wochenlange Betriebsschließungen, für die die abhängig Beschäftigten mit Urlaubstagen und ihren Arbeitszeitkonten zahlen sollen und anschließende Kurzarbeit stehen in zahlreichen Düsseldorfer Betrieben an. Herr Elbers ließ ja als CDU-Fraktionsvorsitzender noch im Frühjahr die Lüge verbreiten, die Victoria-Versicherung schaffe 900 neue Arbeitsplätze in Düsseldorf. Fakt ist: auch dort bangen die Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz, massive Stellenstreichungen sind angekündigt.

Während auf Bundes- und Landesebene – übrigens immer mit städtischer Kostenbeteiligung – Schutzschirme für Banken und Versicherungskonzerne weit aufgespannt werden, bleiben die Beschäftigten im Regen stehen, als seien sie die Verursacher der aktuellen und tiefgreifenden Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

„Global denken, lokal handeln“, so ist ja das Motto des Agenda21-Prozesses für eine nachhaltige Entwicklung. Im Bereich der Finanzen wurde das ja auch in Düsseldorf umgekehrt in „Lokal denken, global handeln.“ Und so sitzen die Krisenverursacher auch hier im warmen Raum und stehen nicht im Regen: Frau Bellstedt von den Grünen, Oberbürgermeister Elbers, FDP-Mann Winterwerber und Günter Wurm von der SPD, um nur einige zu nennen. Denn mitgespielt haben sie alle – wenn auch nur als kleine Nummern – bei den Geschäften und Machenschaften, die zur Finanz- und zur Wirtschaftskrise geführt haben. Wir werden uns als LINKSFRAKTION an der Legendenbildung, die aktuelle Krise sei Folge des Wirkens einiger Weniger an den internationalen Börsenplätzen nicht beteiligen. Ohne das willfährige Mitwirken des politischen Establishments auf allen Ebenen hätte es zu dieser Krise nicht kommen können. Hier im Rat beschäftigen wir uns mit den lokalen Matadoren.

Dazu vier Rückblicke:

1996, SPD und Grüne stellen die Mehrheit im Rat und lassen sich als Vorreiter in der Bundesrepublik auf Cross-Border-Geschäfte ein.

Ziel ist es dabei, durch Scheingeschäfte mit US-Fonds diesen US-Fonds Steuerhinterziehungen in den USA zu ermöglichen. Die Stadt erhält dann als Komplize der Steuerhinterzieher Teile des hinterzogenen Geldes. Weit über eine Milliarde US-Dollar werden bei diesen Geschäften zwischen der Stadt Düsseldorf bzw. ihren

Töchtern und den US-Fonds umgesetzt. SPD, CDU, Grüne und FDP stimmen in den Folgejahren immer wieder geschlossen solchen Geschäften zu.

Von der Müllverbrennungsanlage über Kläranlagen bis hin zu Straßenbahnen und Oberleitungen wurden wichtige Teile der Düsseldorfer Infrastruktur im Rahmen dieser Geschäfte zum Schein verkauft und wieder zurückgeleast. Wer solchen Geschäften Tür und Tor öffnet, handelt nicht anders als die Jongleure an den Finanzmärkten. Die Folgen dieser Geschäfte sind bis heute nicht absehbar.

Rückblick zwei:

2001 gründet die Stadtparkasse Düsseldorf eine Tochtergesellschaft namens „equity partners“. Mit dieser Gesellschaft, die inzwischen ein Anlagevolumen von 1,1 Milliarden Euro verwaltet, soll, ich zitiere, bei einer „angemessenen Risikostruktur“ eine „überdurchschnittliche Renditeerwartung“ erfüllt werden. „equity partners“ kauft hierzu – finanziert nicht aus dem Anlagevermögen, sondern durch Fremdkapital – insbesondere mittelständische Unternehmen auf, schlachtet diese gewinnbringend z.B. durch den Verkauf von Betriebsvermögen und den Entzug des Eigenkapitals aus und „senkt die Kosten“: Entlassungen und der Wechsel von Stammebelegschaften zu Leiharbeitern sind die Folge. Dem aufgekauften Unternehmen werden zudem die Schulden aufgebürdet, mit denen die Übernahme zuvor finanziert wurde. Die Rendite bei diesen Geschäften liegt bei 30 bis 40%; zurück bleiben angeschlagene Unternehmen, denen angesichts des Eigenkapitalentzugs schnell die Puste ausgeht. Der gestrige Insolvenzantrag des Leverkusener Bremsenherstellers TMD Friction in Leverkusen mit insgesamt 4.500 Arbeitsplätzen ist zum Beispiel durch solche „private equity“-Geschäfte verursacht worden. Dass die Stadtparkasse – Träger und Eigentümer ist die Stadt Düsseldorf – an solchen Geschäften beteiligt ist, ist schon Skandal genug. Denn gerade die Stadtparkassen sollen mit ihrer Kreditgeberfunktion kleine und mittelständische Betriebe stützen und stärken – nicht plündern und zerstören.

Noch skandalöser: Der Verwaltungsrat der Stadtparkasse, dem ja Ratsmitglieder aus CDU, SPD, FDP und Grünen angehören, schert sich offenbar überhaupt nicht darum, was für Geschäfte zum Nachteil kleiner und mittelständischer Unternehmen die Stadtparkasse betreibt. Schon längst hätten Sie, meine Damen und Herren aus dem Verwaltungsrat, diesem Treiben ein Ende setzen müssen – oder es gar nicht erst zulassen dürfen. Stattdessen haben sie der Stadtparkasse eine Geschäftspolitik ermöglicht, die Arbeitsplätze und Unternehmen zugunsten der Gier von Millionären vernichtet.

Dritter Rückblick:

2003 wurde auf einer Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse - ohne jede vorherige Ankündigung und ohne Angaben von Gründen - der damalige Kredit-Vorstand der Stadtparkasse abgesetzt. Aus dem Hut gezaubert wurde sein Nachfolger: Hans-Martin Humme.

Als Kreditvorstand geriet Humme bereits Anfang 2004 in die Kritik: von der Stadtparkasse waren Kredite in

Höhe von mindestens 40 Millionen Euro an die Schweizer Erb-Gruppe vergeben worden. Ungesicherte Kredite, die zum größten Einzelkreditausfall in der Geschichte der Stadtsparkasse führten. Kreditvorstand Humme wollte als "global player" auftreten – die Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger mussten blechen.

Trotz des Erb-Kredit-Skandals wurde Humme vom Verwaltungsrat der Stadtsparkasse zum Vorstandsvorsitzenden der Stadtsparkasse befördert, ein großes Glück für Franjo Pooth.

Strategisches Ziel der Berufung Hummes war die Umstrukturierung der Stadtsparkasse. Weg vom öffentlichen Kreditinstitut hin zu einer ganz normalen Bank, die dann, Herr Erwin hat es oft genug betont, zum Verkauf freigegeben werden kann. Meine Damen und Herren von CDU und FDP: diese Umstrukturierung der Stadtsparkasse – Humme hat ja seine Kumpel in Scharen zur Stadtsparkasse geholt – war ein strategischer Fehler, der nicht nur allein im Kreditbereich über 50 Millionen Euro gekostet hat. Vielmehr wurde auch versäumt, die Stadtsparkasse als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und seriöse Alternative zu den Banken auszubauen.

Das zeigt sich auch am vierten Rückblick:

Die Stadtsparkasse hat sich im Bereich der Asset Backed Securities (ABS) engagiert. Während Banken eigentlich zur eigenen Absicherung die Bonität von Schuldnern prüfen und danach ihre Kredite vergeben müssen, führt die Möglichkeit, die Kredite im Anschluss als ABS zu verkaufen eben genau dazu, dass die Bonitätsprüfung unterbleiben kann. Ein zentraler Auslöser der Finanzkrise. Auch hier steht die Frage im Raum: warum hat die Stadtsparkasse sich auf solche Geschäfte eingelassen – und dabei ja auch 20 Millionen Euro verloren? Die Aussage des Stadtkämmerers, ich zitiere, „Ausleihungen dieser Größenordnung gehen auch schon einmal verloren.“ und „Bei solchen Geschäften passiert so etwas. Das ist also überhaupt keine Dramatik“ aus dem Mai 2008 sind wenig aufheiternd, erinnern aber an die Haushaltsberatungen im letzten Jahr. Da erklärte Ratsfrau Zimmermann von der CDU ja, durch die Mehrkosten von 50 Millionen Euro bei Bauprojekten sei, ich zitiere „kein Schaden entstanden, und die Mängel in der Bauabwicklung müssen Sie mal im Verhältnis zum Gesamthaushalt sehen.“

Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Einwohnerinnen und Einwohner sieht anders aus. Sie haben mit Ihren Entscheidungen dazu beigetragen, dass wir uns in der aktuellen Krise befinden.

Meine Damen und Herren,

das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat gestern seine Wirtschaftsprognose vom September – erwartet wurde für 2009 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0.7% - korrigiert: ein 2%iger Rückgang wird nunmehr erwartet.

Abgesehen davon, dass auch diese Zahlen wohl noch nach unten korrigiert werden müssen, sollten die

heutigen Haushaltsberatungen vor allem Antworten auf die Frage geben, wie einer Ausweitung der Wirtschaftskrise auch durch kommunale Maßnahmen verhindert werden kann. In Ihren Anträgen spielt das so gut wie keine Rolle, in denen der LINKSFRAKTION schon.

Wir halten eine Stärkung der Binnenkonjunktur insbesondere durch Maßnahmen des Bundes für dringend notwendig, um den Verlust von Arbeitsplätzen, Kurzarbeit und die Insolvenz von kleinen und mittleren Unternehmen zu vermeiden. Ohne solche Maßnahmen lassen sich auch die unsres Erachtens derzeit unrealistischen Einnahmeerwartungen der Landeshauptstadt Düsseldorf im Bereich der Gewerbesteuer nicht realisieren.

Wir meinen, dass der Rat im Rahmen seiner Haushaltsberatungen den Bundestag auffordern sollte,

- die Kindergelderhöhung auch für Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV wirksam werden zu lassen;
- das Arbeitslosengeld II auf 435 € sowie die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Renten anzuheben;
- einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 Euro/Stunde zu beschließen sowie
- die ausreichende und zinsgünstige Kreditversorgung – insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen – sicherzustellen.

Notwendig ist zudem ein umfangreiches Konjunkturprogramm für die Bereiche Bildung, Infrastruktur, Energiewende und Gesundheit.

Es würde uns freuen, wenn heute ein entsprechendes Signal des Rates nach Berlin ginge, denn die kommunalen Möglichkeiten des Gegensteuerns sind begrenzt. Wir hoffen gleichwohl, dass wenigstens das mögliche Gegensteuern von Ihnen durch eine Unterstützung der Haushaltsanträge der LINKSFRAKTION mitgetragen wird.

Kommunal muss ebenfalls durch Investitionen der Krise entgegengewirkt werden. Hierzu sind Einnahmen erforderlich; eine Absenkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer, wie Oberbürgermeister Elbers sie dem Rat vorgeschlagen hat, ist daher unverantwortlich. Ohnehin werden in den nächsten Jahren die abhängig Beschäftigten einen immer größeren Anteil zum kommunalen Steuerkuchen beitragen müssen, wie Sie alle ja den Aufzeichnungen des Kämmerers entnehmen können. Die Einnahmen aus der Lohn- und Umsatzsteuer sollen steigen, die aus der Gewerbesteuer fallen – und da wollen Sie dann noch den Hebesatz senken.

Die LINKSFRAKTION legt zu den heutigen Haushaltsberatungen alle Anträge, die in den Ausschüssen beraten wurden, noch einmal vor. Insbesondere die Verschleppung der Antragsberatungen in den Ausschüssen durch CDU und FDP hat uns dazu bewogen, aber auch der Wunsch, deutlich zu machen, dass wir keineswegs nur kleine Korrekturen am Haushalt wünschen, sondern sehr grundsätzliche Änderungen und Verschiebungen.

Mit unserem Antrag zur Einführung eines Sozialtickets für den Düsseldorfer Nahverkehr greifen wir heute erneut eine zehn Jahre alte Forderung auf. 11,04 Euro stehen BezieherInnen des Arbeitslosengeldes im Monat für die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs zur Verfügung, das sind knapp drei Hin- und Rückfahrten im Düsseldorfer Stadtgebiet – monatlich wohlgerne. Ein Ticket 1000 der Preisstufe A2 kostet 57,25 Euro und ist damit für diesen Personenkreis unbezahlbar.

Weil wir der Überzeugung sind, dass die grundgesetzlich garantierte Freizügigkeit auch einer materiellen Unterfütterung bedarf, stellen wir Ihnen heute unseren Antrag für ein 10-Euro-Ticket vor.

Es soll über die Rheinbahn vertrieben werden und allen Düsselpass-Berechtigten angeboten werden. SPD und Grüne haben heute ebenfalls Anträge zu diesem Thema eingebracht, die wir sicherlich nachher noch intensiv diskutieren. Vorweg nur zwei Anmerkung: ein 15-Euro-Ticket, wie von den Grünen angedacht, halten wir für weniger sinnvoll. Die Hartz IV-Regelsätze reichen ohnehin hinten und vorne nicht, woher sollen Menschen denn die 5 Euro mehr nehmen als Ihnen für den ÖPNV zugestanden wird? Und leider sind die von den Grünen vorgenommenen Berechnungen mittlerweile ohnehin gegenstandslos, weil der VRR-Verwaltungsrat mit CDU-Mehrheit beschlossen hat, dass es dem VRR ab dem 1.1.2009 untersagt ist, den Kreisen und Städten für die Übernahme von Vertriebsleistungen Rabatte auf die Monatskarten zu gewähren. Das ist ein erbärmlicher Versuch der CDU, Sozialtickets in den Städten zu verhindern. Im Antrag der LINKSFRAKTION sind entsprechende Rabatte nicht eingearbeitet – eine Realisierung unseres Vorschlages wäre damit trotz des VRR-Verwaltungsratsvotums möglich.

Der Antrag der SPD sieht leider erneut nur die Prüfung der Einführung eines Sozialtickets durch den VRR vor. Das finden wir ein wenig mager – Sie sollten schon sagen, wie viel Geld sie in die Hand nehmen wollen, um ein Sozialticket einzuführen, so ist das ein reines Verschieben eines wichtigen Themas.

Mit mehreren Haushaltsanträgen fordert die LINKSFRAKTION einen anderen, sozialen Umgang mit den Beschäftigten der Landeshauptstadt. Mit Herrn Erwin ist zwar auch das Klima der Angst im Rathaus gestorben, zufriedenstellend ist die Situation allerdings nach wie vor nicht. 782 Funktionen – umgerechnet 659 Vollzeitstellen waren im September bei der Stadtverwaltung nicht besetzt. Auch der neue Haushaltsplanentwurf sieht keine Ausfinanzierung des Stellenplans vor. Wir sagen: der stillschweigende Abbau von Personal durch verzögerte Neueinstellungen ist nicht akzeptabel, die Personalkostenbudgetierung muss aufgehoben werden.

Ebenfalls beendet werden muss die Ausbeutung Langzeitarbeitsloser durch Ein-Euro-Jobs. Die LINKSFRAKTION tritt für eine Umwandlung dieser „Jobs“ in tarifliche, städtische Stellen ein und legt entsprechende Anträge zum Haushaltsplan vor.

Im Bereich der Verkehrspolitik fordert die LINKSFRAKTION einen Stopp der Planungen und des Baus weiterer Stadtautobahnen, die von Ihnen fälschlicherweise immer als Entlastungsstraßen bezeichnet werden. Geld wollen wir hingegen für den Ausbau des Radwegenetzes und für den behindertengerechten

Umbau von Haltestellen im öffentlichen Nahverkehr.

In der letzten Woche haben sich endlich auch die Fraktionen von CDU und FDP gegen den Bau eines Kohlekraftwerks in der Lausward ausgesprochen. Das ist begrüßenswert, aber nicht ausreichend. Der Genehmigungsantrag für den Bau wird von den Stadtwerken Düsseldorf AG immer noch aufrecht erhalten. Deshalb schlagen wir Ihnen heute vor, dass die Stadt dem „Aktionsbündnis Sauberer Strom am Rhein – Astr(h)ein“ beitrifft, dieses Bündnis gegen das Kohlekraftwerk finanziell unterstützt und die Stadtwerke heute – und nicht irgendwann – auffordert, den Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung zurückzuziehen.

Mit diesen genannten und unseren weiteren Anträgen machen wir als LINKSFRAKTION deutlich, dass eine soziale, ökologische und demokratische Stadtentwicklung möglich und finanzierbar ist.

Sie ist allerdings von der Ratsmehrheit von CDU und FDP nicht gewollt. Dort herrscht ein doch eher schlichtes Denken vor, das Oberbürgermeister Elbers, herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle zum Geburtstag, immer wieder in den Worten „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es den Menschen gut!“ zusammenfasst. Wie irrig diese These ist, könnte er etwas einfacher erkennen, wenn den vorliegenden Konzernbilanzen der letzten Jahre eine städtische Armutsberichterstattung gegenübergestellt werden könnte. Doch die ist ja nicht gewollt. Armut soll weder in Zahlen erkennbar werden, noch sollen Arme sichtbar sein. Zu den perversen Produktbeschreibungen im vorliegenden Haushaltsplanentwurf gehört in diesem Zusammenhang die Vorgabe an den Ordnungs- und Servicedienst, im Jahre 2009 mindestens 1.200 Maßnahmen „gegen Randgruppen“ durchzuführen. Es ist ein Armutszeugnis für eine sich christlich und liberal nennende Ratsmehrheit, das heute so beschließen zu wollen. Ihre Politik macht aber ohnehin eine Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner zu „Randgruppen“. Sie orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner, sondern an denen des Kapitals und der „Oberen 10.000“. Das hat auch die Rede des neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden Conzen gezeigt, der ja als „Beweis“ für die hohe Lebensqualität in Düsseldorf ausgerechnet Aussagen von Unternehmensberatungen zitierte. Die LINKSFRAKTION Düsseldorf wird dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.